

# U.S. Midterm Elections 2006

WOCHENRÜCKBLICK  
22. BIS 28. OKTOBER 2006

AUSGABE 11  
1. NOVEMBER 2006



## Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	1
Stay the Course	1-2
Wave theory	2
MTV - Rock the Vote	3
Halloween	3-4
Think positive!	4
Playboy bunnies	5
Will & Grace	5-6
Obamamania	6-7
Snail vote	7

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG WASHINGTON, D.C.



## Nightmare on Pennsylvania Avenue?

Zwei Wochen vor den Zwischenwahlen sind die Republikaner laut Komiker Bill Maher ausnahmsweise mal auf eine Katastrophe vorbereitet - ihre Wahlniederlage. Auch wenn die Zahl derer, die den Republikanern eine vernichtende

Niederlage prophezeien, stetig wächst, gibt es aber auch erste Anzeichen, daß die Republikaner zumindest in den entscheidenden Staaten wie Missouri, Tennessee und Virginia langsam aufholen bzw. der Vorsprung der Demokraten knapp genug ist,

um ihre Mehrheit im Senat immer unwahrscheinlicher werden zu lassen.

Stattdessen scheint die konservative Parteibasis dank der Homo-Ehe wieder zu den Republikanern gefunden zu haben.

## Stay the course - no more?

Während normalerweise Secretary of State Condoleezza Rice oder Vizepräsident Dick Cheney in den wichtigen politischen Talkshows am Sonntagvormittag die Politik der Regierung erklären, erläuterte am vorigen Wochenende Präsident Bush selbst seine Sicht der Dinge im Irak. Laut Bush würden in Bezug auf den Irak die Zwischenwahlen zu einer Abstimmung zwischen Republikanern und Demokraten, die seiner Ansicht nach dort die weiße Fahne der Kapitulation hissen wollten.[1] Dabei handelte es sich um eine indirekte Attacke gegen Senator John Kerry, der einen Rückzug der amerikanischen Truppen zu einem fest datierten Zeitpunkt in der Zukunft befürwortet, egal in welchem Zustand der Irak sich dann befinden wird. Präsident Bush setzte dies einer Kapitulation gleich und betonte sein Festhalten daran, den Irak nicht zu verlassen, bevor "the job was done."

Allerdings ließ sich der Präsident auch einigen Spielraum bei der Definition der endgültigen Aufgabenstellung im Irak. Da die überparteiliche Baker-Kommission nach den Wahlen eine Kurskorrektur vorschlagen wird, ist es nicht überraschend, daß Bush nun auch verkündete, daß seine Geduld nicht unendlich sei.[2] In diesem Sinn versucht die Administration jetzt die Initiative zu ergreifen und erhöht den Druck auf den irakischen Premierminister Nouri al Maliki. Dieser soll nun konkrete Zielstellungen bzw. Benchmarks erfüllen und im Bestreben, das Land zu befrieden, mehr Engagement zeigen.[3]

Diese scheinbare Vorbereitung einer Kurskorrektur der Irakpolitik des Präsidenten findet parallel zu einer zunehmenden Distanzierung und Forderung nach Richtungswechsel seitens hochrangiger Republikanischer Kongressmitglieder statt. Unter ihnen sind z.B. die Senatoren John Warner, Arlen

Spector, Kay Bailey Hutchison, George Allen, Conrad Burns, Chuck Hagel, Susan Collins und Olympia Snow.[4] Jedoch machte Vizepräsident Dick Cheney in einem Interview noch einmal klar, daß die USA keinen Rückzug planten, sondern weiterhin von einem Sieg ausgehen würden. Von einem Sieg könne man dann sprechen, wenn die irakische Regierung die politischen Probleme des Landes lösen und die Sicherheit ihrer Bürger garantieren könne, so Cheney.[5]

Am darauffolgenden Tag dann erklärte der Sprecher des Weissen Hauses, Tony Snow, daß der Präsident in Zukunft nicht mehr seinen "Stay the course" Slogan benutzen werde, was den Late Night Talkshow Host David Letterman veranlasste, ihm nachträglich vorzuschlagen, er hätte stattdessen lieber "Find bin Laden" verwenden sollen. Momentan jedoch sind diesem Wechsel in der Rhetorik und der Anerkennung von Problemen

## Stay the course - no more?

im Irakkrieg noch keine Taten gefolgt. [6] Das Weisse Haus forcierte zwar die Aufstellung von konkreten Zielvorgaben für den irakischen Premierminister, jedoch gibt es keine Konsequenzen, falls diese nicht erreicht werden, so der Sprecher des Weissen Hauses. [7] Die Washington Post fasste den Entschluss so zusammen: das Weisse Haus "is cutting and running from 'stay the course'". [8]

Ende letzter Woche kam es dann zu Unstimmigkeiten zwischen dem Weissen Haus, dem Verteidigungsministerium und dem irakischen Premierminister: der amerikanische Botschafter im Irak verkündete, daß man sich über eine Anzahl von Fristen zu bestimmten Zielstellungen geeinigt habe. Das wurde jedoch vom Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte, General Peter Pace, dementiert. Und Präsident Bush

wiederum verkündete, daß die Irakis einer Frist zur Entwaffnung der Milizen und Todesschwadronen zugestimmt hätten. Auf Nachfragen antwortete Verteidigungsminister Rumsfeld sichtlich genervt mit der Aufforderung, ihn in Ruhe zu lassen, da diese ganze Angelegenheit sehr kompliziert sei und eine schwer prognostizierbare Zukunft betreffe. [9]

## Democratic Wave alright – wie hoch aber?

Eine zunehmende Zahl von Experten prognostiziert den Demokraten, daß sie die Mehrheit im Abgeordnetenhaus auf jeden Fall gewinnen werden und eine Mehrheit im Senat immer wahrscheinlicher wird. Laut Larry Sabato besteht lediglich die Frage, ob es eine "mittelgroße" oder "sehr hohe" Demokratische Flutwelle werden wird. [10] Auch Stuart Rothenberg sieht eine Demokratische Flut am November-Horizont und geht sogar so weit, zu sagen, daß die Republikaner heute in einer schlechteren Lage sind, als die Demokraten 1994, als diese 52 Abgeordnetenposten, 8 Senatssitze und 10 Gouverneurspositionen verloren. [11]

Der Grund liegt laut Rothenberg im Interesse der Wähler, den Republikanern eine Botschaft zu schicken. Im Prinzip wäre es ihnen egal, wen sie nach Washington schickten, so lange auf dem Wahlschein hinter dem Namen des Kandidaten das "D" der Demokraten stehen würde, so Rothenberg. [12]

Republikanische Wahlstrategen haben in den letzten beiden Wochen die Rennen um die Senatsposten von Ohio, Pennsylvania und Montana mehr oder weniger aufgegeben und ihre Anstrengungen auf Missouri, Virginia und Tennessee konzentriert. [13]

Im letzteren Bundesstaat sind die Ausgaben des National Republican Senatorial Committee (NRSC) seit Anfang des Monats von Null auf \$2.5 Mio gestiegen, so der *U.S. News and World Report*. [14] In Virginia hat das NRSC jetzt auch zum ersten Mal indirekt Werbung schalten lassen: \$1.4 Mio wurden für Fernsehspots ausgegeben, die den Demokratischen Kandidaten Jim Webb als taktlos gegenüber Frauen darstellen. In Missouri haben die Republikaner am vergangenen Montag ihre Werbeausgaben um \$1.78 Mio auf insgesamt \$5.39 Mio für den amtierenden Senator James Talent erhöht. [15]

Die Republikaner setzten auch auf Tom Kean Jr., der in New Jersey dem Demokratischen Senator Bob Menendez das Leben schwer macht und damit der einzige Republikanische Kandidat mit einer realen Chance ist, den Demokraten

einen der von Amtsinhabern verteidigten Senatorenposten streitig zu machen. [16] Das NRSC gab dann am vorigen Mittwoch bekannt, daß es innerhalb der nächsten zwölf Tage insgesamt \$3.5 Mio in Fernsehwerbepots gegen Menendez investieren wird. [17]

Im Abgeordnetenhaus sehen die Chancen allerdings für die Republikaner weiterhin relativ schlecht aus. Seit Anfang dieses Jahres hat sich die Zahl der umstrittenen Wahlbezirke fast verdreifacht, von 18 im Januar auf momentan 48, laut dem *Cook Political Report*. [18] Die Republikaner haben sich auch aus verschiedenen Wahlbezirken in Ohio, Indiana, West Virginia und South Carolina zurückgezogen, wobei die Demokraten in insgesamt 40 Bezirken ernsthaft Wahlkampf betreiben. [19] Stattdessen konzentrieren sich die Republikaner in den letzten Tagen auf 33 Wahlbezirke, wovon 29 bereits von Republikanern gehalten werden und nur in vier eine Herausforderung durch die Demokraten besteht. [20]

## MTV: Rock the Vote einmal anders

Die Demokraten haben allerdings ebenfalls ihre Hauptaufmerksamkeit auf die drei Bundesstaaten Missouri, Tennessee und Virginia (MTV) gerichtet. Diese Staaten liegen quasi an der Grenze zu dem von Republikanern gehaltenen "deep south" und den von Demokraten verteidigten Staaten im Nordosten und Mittwesten der USA.[21] Laut Meinungsforscher Charly Cook liegen die Demokraten z.B. momentan in Pennsylvania, Montana, Ohio und Rhode Island vorn, wenn auch teilweise relativ knapp mit nur bis zu 3 Prozentpunkten.[22]

Die Herausforderung für die Demokraten besteht insbesondere darin, genug unzufriedene Mitte-Rechts-Wähler von den Republikanern in wenigstens zwei der drei Staaten abzuwerben (falls New Jersey an den Republikaner Kean fallen sollte, müssten es alle drei werden, um die Mehrheit im Senat zu erreichen). Daher sind die eigentlichen Stars der Demokraten in diesem Wahlkampf nicht der linke "anti-war" Flügel, sondern konservative

Demokraten wie der Abgeordnete Harold Ford Jr. in Tennessee oder der ehemalige Republikaner und nun Demokratische Herausforderer von Senator George Allen in Virginia, Jim Webb.[23] In dieser Wahlperiode ist eine Rekordzahl von solchen konservativen Demokraten zur Wahl angetreten. Gerade sie bieten den Demokraten die Chance, in Republikanische Hochburgen einzudringen bzw. zumindest gemässigten Republikanern ihre Posten zu nehmen und der Demokratischen Partei damit eine Mehrheit zu bringen.[24]

Trotz der insgesamt zuversichtlichen Stimmung besteht unter den Demokraten immernoch die Besorgnis, daß die Republikaner auch dieses Mal mit überlegenem Organisationstalent und entsprechenden finanziellen Mitteln in knappen Rennen noch aufholen können und so den Erfolg der Demokraten auch im Abgeordnetenhaus minimieren werden.[25] Allerdings konnten die Demokraten im Oktober ihren Rückstand bei den Spendeneinnahmen gegenüber

den Republikanern verringern: die Demokraten nahmen während der letzten drei Wochen immerhin \$15.5 Millionen ein, die Republikaner in diesem Zeitraum nur \$10.1 Millionen.[26]

Auch bei den meisten Wahlkampfthemen lagen die Demokraten in den letzten Wochen noch vorn, d.h. die Mehrheit der Bevölkerung vertraute ihnen mehr als den Republikanern, insbesondere in Wirtschaftsfragen und beim Irakkrieg. Jedoch beginnt dieser Vorsprung abzunehmen.[27]

Der Meinungsforscher John Zogby prognostiziert den Demokraten denn auch im Prinzip eine Mehrheit von 25 bis 30 Sitzen im Abgeordnetenhaus, warnt jedoch, daß sich innerhalb der nächsten Tage noch einiges ändern und die Republikaner eine Wende herbeiführen könnten. Laut Zogby gibt es für die Republikaner zwei Schwerpunkte, mit denen sie ihre Basis wieder aktivieren können: Terrorismus (und nicht Steuern) sowie das (Schreckens-) Szenario eines De-

## Ganz Halloween – Pelosigespenst spukt weiter

Eine Reihe von Zeitungen befasst sich mit der Frage, welche Abgeordneten bei einem Wahlsieg der Demokraten Vorsitzende von Ausschüssen werden könnten und wie deren wahrscheinliche Agenda aussehen würde. Die *Washington Times* zitiert den Sprecher des National Republican Congressional Committee Jonathan Collegio, der meint, daß die Demokratische Führungriege einem Verein linker Aktivisten gleiche und nicht repräsentativ für die Bevölkerung sei. Laut Collegio

würde eine "San-Francisco-Linke" Sprecherin werden, ein fleißiger Steuererhöher dem Ways and Means Committee vorsitzen und ein Tollwütiger, der ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Bush anstrebt, das Judiciary Committee leiten.[29]

Das *Wall Street Journal* sieht die Dinge weniger radikal: das Appropriations Committee würde von einem Abgeordneten geführt, der ein grosses Interesse an der Förderung der Ausbildung und Forschung im Gesundheitswesen hat.

Das Ways and Means Committee würde mit Charles B. Rangel einen Vorsitzenden bekommen, der zwar gegen Präsident Bushs Steuerkürzungen für die Wohlhabenden und gegen weitere Staatsverschuldung eingestellt, jedoch auch daran interessiert ist, in dem geteilten Ausschuss die Wogen zu glätten.[30] Die Zeitschrift *Newsweek* meint, daß unter

## Ganz Halloween – Pelosigespenst spukt weiter

einer Sprecherin Nancy Pelosi das Kapitol nicht, wie von einigen erhofft, in einen Gerichtssaal verwandelt würde. Auch wenn es zu einer Reihe von Anhörungen kommen sollte, würde Pelosis Bestreben darin bestehen, die Demokraten als Führer und Macher und nicht als Blockierer darzustellen, um sich damit für die Präsidentschaftswahlen 2008 zu positionieren. Weiterhin wird sie wahrscheinlich mit einer relativ schwachen Mehrheit auskommen müssen: Um Präsident Bushs Veto zu brechen, würde sie eine zwei-Drittel-Mehrheit im Kongress brauchen. Dem steht entgegen, daß sie wahrscheinlich eine Reihe neuer konservativer Demokraten in ihren Reihen haben wird, welche nicht unbedingt für grosse liberal

Ambitionen zu haben sein werden. Ihr Plan sei es, populäre Gesetzesvorschläge wie eine Erhöhung des Mindestlohns zur Abstimmung zu bringen und die Republikaner quasi herauszufordern, auch dieses Mal dagegen zu votieren.[31] Nichtsdestotrotz empfehlen Wahlstrategen den Republikanern, die Demokratische Führungsriege anzugreifen, da Warnungen vor Gesetzen, die z.B. eine Sprecherin Nancy Pelosi zur Abstimmung bringen würde, die Republikaner retten könnten. Insbesondere George W. Bush müsste dabei aktiver werden, da er ein "nationales Sprachrohr" der Republikaner sei, meint Experte John Zogby.[32] Dennoch gehen Beobachter davon aus, daß Präsident Bush den Grossteil seiner verbleibenden Legislaturperiode mit

internen Grabenkämpfen verbringen wird, um seine Errungenschaften nicht nur gegen die Demokraten zu verteidigen, sondern auch gegen Kritik aus den eigenen Reihen. Jeder "überlebende" gemässigte Republikanische Abgeordnete werde sich weiter von seinem Präsidenten distanzieren, wobei die konservativeren unter ihnen sich langsam um die neuen Republikanischen Präsidentschaftsanwärter scharen werden. Diese letztere Gruppe wird sich wahrscheinlich auch eher im Kontrast zum jetzigen unbeliebten Präsidenten (und zu "seinem" unpopulären Irakkrieg und zu den Skandalen) profilieren, als mit ihm, so die *Washington Times*. [33]

## Bitte schön lächeln und voller Zuversicht, ja !?

Bereits gegen Ende der vorletzten Woche trafen sich hochrangige Republikaner, um gegen die sich unter ihren Mitgliedern und Sympathisanten verbreitende "Miesepetrigkeit" vorzugehen. Die Gefahr besteht, daß die zahlreichen Unkenrufe am 7. November zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden, so die *New York Times*. Die Führungsriege hat auch weiterhin grosse Zuversicht in die "get out the vote" Maschinerie, die 72 Stunden vor der Wahl auf voller Kraft laufen wird und zusammen mit einer "Flächenbombardierung" mit (negativen) Werbespots zum - wenn auch knappen - Sieg führen soll. [34] Republikanische Wahlstrategen schätzen, daß ein Demokratischer Vorsprung von bis zu zwei Prozentpunkten auf diese Art ausgeglichen werden

SEITE 4

kann, gestehen jedoch ein, daß ein

Vorsprung über diesem Wert mit solchen Mitteln nicht einzuholen ist. [35] In den verbleibenden Tagen wird Präsident Bush zwar nicht in alle heiss umkämpften Wahlbezirke fliegen, da er insbesondere bei den Senatsrennen in Missouri, Montana, Ohio, Pennsylvania und Tennessee wenig "erwünscht" ist, aber dafür speziell in konservativen Bezirken versuchen, die Parteibasis wiederzubeleben. Desweiteren wird er auch in einigen Bezirken auftauchen, wo die Kandidaten hoffen, daß ein letzter Schub an Spendengeldern (und daraus resultierender Fernsehwerbung) ihnen mehr bringt, als sie der Besuch des Präsidenten kostet. [36] Gemeinsame Fotos vom Präsidenten mit den Kandidaten wird es bei diesen Auftritten eher nicht geben: im Vergleich zu den letzten Zwischenwahlen hat Präsident Bush zwar an zehnmal so vielen geschlossenen Veranstaltungen teilgenommen, aber nicht an einer einzigen grossen

Republikanischen Kundgebung, während es 2002 davon noch 32 gab. [37] Auch Karl Rove sprach am vergangenen Mittwoch äusserst zuversichtlich davon, daß die Kombination aus finanzieller Überlegenheit und der Unterstützung der konservativen, religiösen Basis den Republikanern auch in diesem Zyklus eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus sichern würde. [38] Auch dürfte die öffentlichkeitswirksame Unterzeichnung des Gesetzes über die Errichtung eines 700 Meilen langen Zauns an der Grenze zu Mexiko die Stimmung der konservativen (aber nicht unbedingt religiösen) Parteibasis verbessern, das umso mehr, da vom strittigen Kernpunkt der Republikanischen Einwanderungsreform – der Einführung eines Gastarbeiterprogrammes und der schrittweisen Legalisierung langjähriger illegaler Einwanderer – nichts übrig blieb. [39]

## Punches unter der Gürtellinie - Playboy Bunnies

Indizien für den zunehmenden Druck, unter dem die Republikaner stehen, kann man in der Werbespots finden. Bereits Ende letzter Woche schaltete ein im indirekten Auftrag des Republican National Committee handelndes *political action committee* einen Spot, der den afroamerikanischen Senatskandidaten Harold Ford Jr. beschuldigte, finanzielle Mittel von der Pornoindustrie angenommen zu haben.

Bemerkenswert daran ist, daß am Ende des Spots eine leicht bekleidete (weisse) Blondine (einen) Harold auffordert sie anzurufen. Diese Andeutung eines (sexuellen) Verhältnisses zwischen dem afroamerikanischen Ford und weissen Frauen zielt darauf ab, weisse Wähler wenigstens von einer Wahl Fords abzuhalten, wenn sie schon nicht ihre Stimme dem Republikaner Corker geben. [40] Ken Mehlman, der Vorsitzende des Republican National Committees, welches den Werbefilm finanziert hat, fand ursprünglich nichts an ihm auszusetzen und weigerte sich zunächst, ihn absetzen zu lassen. [41] Einen Tag später konnte man der Webseite des RNC jedoch entnehmen, daß der Spot nicht mehr gesendet wird. [42]

In Ohio hat das National Republican Congressional Committee nach wochenlanger Sendung von Wer-

bespots, die eine Demokratische Kandidatin für das Abgeordnetenhaus als "zu links für ihre Mitbürger" und Steuererhöhungsbefürworterin gebrandmarkt haben, sie nun indirekt als Sympathisantin des rassistischen Ku Klux Klan dargestellt. Grundlage für diese Unterstellung: Mary Jo Kilroy hatte 1993 in einer Abstimmung für das Demonstrationsrecht des KKK in ihrer Stadt gestimmt. [43]

In Indiana wird für den Republikanischen Abgeordneten John Hostetter mit einem Spot geworben, in dem ein Sprecher mit Stimme a lá Clint Eastwood verkündet, daß die Wahl von Herausforderer Brad Ellsworth Nancy Pelosi zur Sprecherin des Abgeordnetenhauses machen würde, mit einer radikalen "homosexuellen" Agenda in Folge. Weiterhin wurde Ellsworth unterstellt, eine Amnestie für Millionen illegaler Einwanderer sowie Steuererhöhungen zu befürworten. Der Spot endet in Anspielung auf Eastwoods Western Rolle: "Go ahead, vote for Brad Ellsworth. Make Nancy Pelosi's day." [44]

In Pennsylvania wirbt der Republikanische Senator Rick Santorum mit einem Spot, der einen Atompilz neben seinem Kontrahenten Bob Casey zeigt und ihm unterstellt, daß seine Politik

die Nationale Sicherheit gefährden würde. [45]

In Missouri jedoch gelang es einem Werbefilm positiv aufzufallen und es sogar auf die nationale Ebene zu schaffen. Der ehemalige Schauspieler Michael J. Fox (Zurück in die Zukunft), der seit über zehn Jahren an der Parkinsonkrankheit leidet, trat in einem Spot für die Demokratische Senatskandidatin Claire McCaskill auf. Der offensichtlich mit den Symptomen der Krankheit kämpfende Fox forderte die Wähler auf, McCaskill zu unterstützen, da sie Stammzellenforschung befürwortet, während ihr Gegner Senator Jim Talent diese als unethisch ablehnt. [46]

Nationale Beachtung fand der Spot aber vor allem nachdem der konservative Radiotalkshow Host Rush Limbaugh Fox' nicht kontrollierbare Zuckungen nachahmte und ihm unterstellte, entweder seine Medikamente nicht eingenommen oder aber seine Krankheitssymptome übertrieben zu haben. Später entschuldigte sich Limbaugh zwar, jedoch schauten sich tausende Interessierte den Spot im Internet an. [47] Fox wird auch für den Demokratischen Senatskandidaten Ben Cardin in Maryland sowie für den amtierenden Demokratischen Senator Bob Menendez in New Jersey werben.

## Gott sei Dank – Rettung durch Homo-Ehe?

Angesichts der schlechten Nachrichten der letzten Wochen und der sich verstärkenden Anzeichen für eine geringere Wahlbeteiligung der religiösen Parteibasis, konnten die Republikaner in der letzten Woche einen vermeintlichen Hoffnungsschimmer am Horizont ausmachen. Noch am Anfang der

Woche wollten nach einer Umfrage der New York Times und des Senders CBS nur knapp 50 Prozent der weissen evangelischen Wähler in Ohio den Republikanischen Senator Mike DeWine unterstützen und mehr als ein Drittel hatte vor, den Demokratischen Kandidaten zu wählen. [48] Auch wenn das

noch vielversprechend klingt, so bedeuten solche Verhältnisse trotzdem einen Verlust für die Republikaner: 2004 gewannen sie noch 74 Prozent der Stimmen der evangelischen Wähler. [49] Doch gerade die Wahlbe-

## Gott sei Dank – Rettung durch Homo-Ehe?

beteiligung der religiösen weissen Parteibasis aus den Vorstädten könnte den katastrophalen Sturm der Windstärke 5 auf einen "nur noch" schrecklichen Sturm der Stärke 4 abmildern, so Republikanische Wahlstrategen. Sie planen daher die verbleibenden Tage dafür zu nutzen, speziell diese Wählergruppe zu erreichen.[50] Das National Republican Congressional Committee ist mittlerweile der Auffassung, daß die konservativen Wähler den Foley-Skandal inzwischen "verdaut" haben und er keine Auswirkungen auf die Zwischenwahlen haben wird. Die Parteibasis scheint wieder rekrutiert worden zu sein, so die *Washington Times*. [51]

Die Demokraten nutzen diese relative Schwäche ihrerseits seit einiger Zeit, um den "god gap," den Republikanischen Stimmenvorteil unter religiösen Wählern, zu verringern. Während Demokratische Kandidaten früher zwei Wochen vor den Wahlen in afroamerikanische Kirchen gingen, kauft man nun Sendezeit auf christlichen Radiostationen, um die Wähler

langfristig davon zu überzeugen, daß die Demokraten eine Partei der "deep moral convictions" sind. [52]

Allerdings sehen sich die Demokratischen Kandidaten zumindest in einigen Staaten vor der Herausforderung, diese "deep moral convictions" mit dem Streben ihrer homosexuellen Wähler nach dem Recht zur Eheschließung in Einklang zu bringen. New Jersey könnte jetzt der zweite Bundesstaat werden, in dem homosexuelle Paare heiraten dürfen, nachdem der Oberste Landesgerichtshof dort homosexuellen Partnern die gleichen Rechte zusprach wie heterosexuellen Eheleuten. [53]

Dieser Beschluss könnte sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene Auswirkungen haben: Beobachter befürchten, daß der Demokratische Senator Bob Menendez nun mit einer konservativen Gegenbewegung konfrontiert wird, die seinen Republikanischen Herausforderer Tom Kean, Jr. ins Amt befördern könnte. [54] Nachdem die beiden Kandidaten Menendez und Kean ursprünglich ähnliche Positionen zur Homo-Ehe hatten, hat sich nun Kean

prompt für einen Bann der Homo-Ehe in der Verfassung ausgesprochen.

Das würde nicht nur bedeuten, daß die Demokraten einen weiteren von Republikanern gehaltenen Senatsposten erringen müssten, um eine Mehrheit zu erreichen, es könnte auch auf nationaler Ebene zu einer Motivierung der Republikanischen Parteibasis führen. Deren Auswirkungen würde man besonders in den acht Staaten zu spüren bekommen, in denen am 7. November zusätzlich auch Bürgerentscheide zum Bann der Homo-Ehe anstehen, nämlich in Arizona, Colorado, Idaho, South Carolina, South Dakota, Tennessee, Virginia und Wisconsin. [55] Den grössten Einfluss kann diese Entwicklung auf die Senatswahl in Virginia bekommen, wo der Republikanische Senator George Allen sich für einen Bann ausspricht und sein Herausforderer Jim Webb dagegen ist. [56] In Tennessee sind sowohl der Republikaner Bob Corker als auch der Demokrat Harold Ford, Jr. für einen Bann der Homo-Ehe in der Verfassung.

## ObamaforPresident.com schon registriert

Am Sonntag voriger Woche verkündete Senator Barack Obama überraschend, daß er eine Kandidatur zum Präsidentamt nun in Erwägung ziehen werde, nachdem er noch im Januar dieses Jahres eine solche Entscheidung definitiv verneint hatte. [57] In den letzten Wochen hatte es der *junior Senator* aus Illinois auf die Schlagseiten von *Time* und sogar *Men's Vogue* gebracht sowie zahlreiche Inter-

SEITE 6

views auf CNN und NBC gege-

ben, die landesweit gesehen wurden. [58] Indem Obama jetzt seine mögliche Kandidatur einräumt, wird er den Spendenfluss an andere Kandidaten vorerst "einfrieren," da er die Kandidatenliste drastisch verändert, meint *USA Today*. [59]

Sollte Senator Obama tatsächlich kandidieren, würde er zum direkten Gegner Hillary Clintons, der momentan, noch unerklärten Spitzenfavoritin. Die *New York Times* wies darauf hin, daß der Senator konsequent gegen den Irakkrieg gestimmt hat und damit zur

"anti-war" Alternative zu Senatorin Clinton werden könnte. Zudem würde Obamas Kandidatur die Senatorin vor ein weiteres Problem stellen – Afroamerikaner gehören bisher zu den stärksten Befürwortern ihrer Kandidatur.

Vor die Wahl gestellt, zwischen Senatorin Clinton und Senator Obama zu wählen, würden viele allerdings ihre Stimme dritten Kandidaten geben. Hillary Clinton wurde vor kurzem noch als eine Gewinnerin der Vorverlegung der Vorwahlen in South Caro-

## ObamaforPresident.com schon registriert

lina gehandelt, da es dort eine hohe afroamerikanische Minderheit gibt. [60] Laut Demokratischen Wahlkampfberatern wäre Obama wegen seiner Authentizität und Spontanzität generell der Kandidat für Wähler, die einen Wechsel suchen und scheinbar kein Problem mit seiner fehlenden Erfahrung in der Aussenpolitik aber auch generell ausserhalb der Politik haben. [61]

Die *New York Times* wertete die Zahl der interessierten Kandidaten als ein Zeichen für den Aufwind, in dem sich die Demokraten gerade befinden. Andere Beobachter wiesen allerdings darauf hin, daß zum ersten Mal seit 50 Jahren kein amtierender Präsident oder Vizepräsident zur Wahl anstehe und sich daher nun für viele aussichtsreiche Kandidaten die beste Chance bieten würde. [62]

Bob Herbert gar interpretierte den momentanen Erfolg Obamas folgendermaßen: nach Jahren der Bush-Regierung würde sich das Land so nach einem vernünftigen, intelligenten und vertrauenswürdigen Präsidenten sehnen, daß ein bis vor kurzem noch unbedeutender *state senator* nun der Demokratische Rockstar schlechthin sei und Senatorin Clinton vorerst aus dem Rampenlicht verdrängt habe. [63]

## Da freut sich die Post: "absentee voting" erreicht neue Höhen

Die *New York Times* berichtet, daß für Millionen von Wählern die Zwischenwahlen bereits Geschichte sind, da in dreissig Bundesstaaten, in denen die Briefwahl ohne besondere Begründung erlaubt ist, diese bereits in vollem Gang ist. In Montana wurden die Briefwahlscheine schon am 22. September und in Californien wurden 3.8 Millionen Wahlscheine am 8. Oktober versandt. Währenddessen warnt der Gouverneur von Maryland, daß nicht

genug Wahlscheine für die Briefwahlen zur Verfügung stünden, nachdem er nach Schwierigkeiten mit den elektronischen Wahlurnen beschlossen hatte, Wahlscheine aus Papier wieder zu bevorzugen. [64] Laut *Times* werden nicht weniger als 40 Prozent von Floridas Wählern ihre Stimme vor dem 7. November abgegeben haben, während die Wahlen in Oregon gänzlich auf dem Briefweg erledigt werden. Die Wahlkampfmanager stellt das vor eine

weitere Herausforderung, da die Entscheidung, wann welche Werbung geschaltet werden muss, um die jeweilige Bevölkerungszielgruppe rechtzeitig zu erreichen, dadurch erschwert wird. Der Trend zur Briefwahl bzw. vorfristigen Wahlscheinabgabe nimmt seit Jahren zu und wird bei diesem Zyklus wahrscheinlich mehr als 20 Prozent der abgegebenen Stimmen betreffen. [65]

## Fußnoten

[1] Stephanopoulos, ABC's The Week, October 22, 2006.  
[2] Andrews, CBS Evening News, October 22, 2006 and Pfeiffer, *Washington Times*, October 23, 2006.  
[3] Dinmore, *Financial Times*, October 23, 2006 and Seigenthaler, NBC Nightly News, October 22, 2006.  
[4] Allen and Carney, *Time*, October 30, 2006.  
[5] Raddatz, ABC World News, October 24, 2006.  
[6] Williams, NBC Nightly News, October 24, 2006.  
[7] Baker, *Washington Post*, October 24, 2006.  
[8] Karl, ABC World News, October 26, 2006.  
[9] Birnbaum, *Washington Post*, October 24, 2006.  
[10] Rothenberg, *Roll Call*, October 24, 2006.  
[11] Rothenberg, *Roll Call*, October 26, 2006.  
[12] Nagourney, *New York Times*, October 24, 2006.  
[13] Gilgoff, *U.S. News and World Report*, October 30, 2006.  
[14] Kuhnheim, Associated Press, October 25, 2006.  
[15] Espo, Associated Press, October 22, 2006.  
[16] Rutenberg, *New York Times*, October 26, 2006.  
[17] Brownstein and Hennessy-Fiske, *Los Angeles Times*, October 23, 2006.  
[18] Nagourney, *New York Times*, October 24, 2006.  
[19] Cusack, *The Hill*, October 25, 2006.  
[20] Brownstein, *Los Angeles Times*, October 22, 2006.  
[21] Milbank, *Washington Post*, October 25, 2006. [22] Darman, *Time*, October 30, 2006.  
[23] Hook, *Los Angeles Times*, October 26, 2006.

[24] Nagourney and Toner, *New York Times*, October 22, 2006.  
[25] Elliot, Associated Press, October 27, 2006.  
[26] Marbry, *Newsweek*, October 22, 2006.  
[27] Cook, *Christian Science Monitor*, October 23, 2006.  
[28] Pfeiffer, *Washington Times*, October 23, 2006.  
[29] Carnevale, *Wall Street Journal*, October 23, 2006.  
[30] Hook, *Los Angeles Times*, October 26, 2006.  
[31] Isikoff and Bailey, *Newsweek*, October 30, 2006.  
[32] Lambro, *Washington Times*, October 23, 2006.  
[33] Bedard, *U.S. News and World Report*, October 30, 2006.  
[34] Stolberg and Rutenberg, *New York Times*, October 23, 2006.  
[35] Drucker, *Roll Call*, October 24, 2006.  
[36] Stolberg, *New York Times*, October 25, 2006.  
[37] Curl, *Washington Times*, October 25, 2006.  
[38] Kaplan, *The Hill*, October 25, 2006.  
[39] Quijano, CNN's The Situation Room, October 26, 2006.  
[40] Debose, *Washington Times*, October 23, 2006.  
[41] Mitchell, NBC Nightly News, October 24, 2006 and Humphrey, *Knoxville News Sentinel*, October 25, 2006.  
[42] Reynolds, ABC World News, October 25, 2006.  
[43] Nash, *Columbus Dispatch*, October 25, 2006.  
[44] Lenz, Associated Press, October 25, 2006.  
[45] O'Toole, *Pittsburgh Post-Gazette*, October 25, 2006.  
[46] Hananel, Associated Press, October 24, 2006.

[47] Simon, *Los Angeles Times*, October 26, 2006.  
[48] Mitchell, CBS Evening News, October 22, 2006.  
[49] Mabry, *Newsweek* online, October 21, 2006.  
[50] Allen, *Time*, October 30, 2006.  
[51] Fagan, *Washington Times*, October 22, 2006 and Espo, Associated Press, October 22, 2006.  
[52] Burke, *Washington Post*, October 21, 2006.  
[53] Stolberg, *New York Times*, October 27, 2006.  
[54] Graham and Moroz, *Philadelphia Inquirer*, October 25, 2006.  
[55] Cooperman, *Washington Post*, October 27, 2006.  
[56] Stephanopoulos, ABC World News, October 25, 2006.  
[57] Russert, NBC's Meet the Press, October 22, 2006.  
[58] Fratangelo, NBC's Nightly News, October 22, 2006.  
[59] Wolf, *USA Today*, October 23, 2006.  
[60] Nagourney and Zeleny, *New York Times*, October 23, 2006.  
[61] Balz, *Washington Post*, October 23, 2006 and Reid, NBC Nightly News October 23, 2006.  
[62] Seigenthaler, NBC Nightly News, October 22, 2006.  
[63] Herbert, *New York Times*, October 23, 2006.  
[64] Harris, *Baltimore Sun*, October 27, 2006.  
[65] Broder, *New York Times*, October 22, 2006.